

Datum: 18.09.2015  
 Telefon: 16 - 9 24 67  
 Telefax: 16 - 2 40 05  
 e-mail: gst@muenchen.de

## Stadtratskommission zur Gleichstellung von Frauen

### 160. Empfehlung der Stadtratskommission zur Gleichstellung von Frauen

Die Stadtratskommission zur Gleichstellung von Frauen hat  
 in ihrer 277. Sitzung am 17.09.2015 folgende Empfehlung beschlossen:

#### I. Empfehlung

Das Sozialreferat wird aufgefordert, im Zusammenwirken mit dem Referat für Gesundheit und Umwelt, dem Referat für Bildung und Sport und der Gleichstellungsstelle für Frauen eine Beratungs- und Anlaufstelle für Mädchen und junge Frauen, die von weiblicher Beschneidung (Female Genital Mutilation, FGM) betroffen oder bedroht sind, zu schaffen.

#### II. Begründung

Die Anzahl der von Genitalverstümmelung betroffenen Frauen und Mädchen ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich angewachsen.

Nach Informationen von Terre des Femmes, der WHO und des Münchner Referats für Gesundheit und Umwelt leben weltweit 140 Millionen Mädchen und Frauen, die an den Genitalen verstümmelt wurden; auf 77.000 wird ihre Zahl in Deutschland geschätzt. In München lebten Ende 2011 3714 weibliche Personen mit der Nationalität eines Herkunftslands, in dem FGM praktiziert wird; 18,1% von ihnen waren Mädchen unter 15 Jahren – im Alter höchster Gefährdung.

Prävalenzländer, in denen insgesamt oder in Teilregionen FGM traditionell praktiziert wird, sind die Länder Zentralafrikas entlang des Äquators, aber auch einige Länder Asiens. Betroffen sind in der Hauptsache Mädchen zwischen 0 und 14 Jahren, jedoch auch ältere Mädchen und Frauen, z.B. vor einer Heirat.

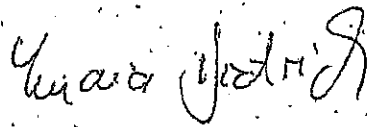
Es ist davon auszugehen, dass die Dunkelziffer, aber auch die Anzahl (potentiell) Betroffener bei wachsender Zuwanderung stetig steigt. Dass die Praxis von FGM auch in Deutschland ihre Fortsetzung findet, ist in den oft starken Traditionen der Herkunftsländer und -familien begründet. Ob in München selbst Genitalverstümmelungen vorgenommen werden, ist nicht bekannt. Die Familien nutzen vielmehr Ferientaufenthalte im Herkunftsland oder auch in anderen europäischen Ländern, um ihre Töchter der Beschneidung unterziehen zu lassen.

Obwohl FGM sowohl in Deutschland – nach § 226a StGB ein Straftatbestand – als auch in manchen der Länder, in denen sie praktiziert wird, verboten ist, werden Mädchen beschnitten und damit erheblich in ihrer Gesundheit meist lebenslanglich geschädigt.

Seit etwa 10 Jahren existiert in München ein Arbeitskreis und ein Netzwerk „Weibliche Beschneidung“. Dieses Gremium aus Stadträtinnen, Vertreterinnen unterschiedlicher Organisationen und städtischer Dienststellen hat immer wieder darauf aufmerksam gemacht, dass die Stadt München sich mit dem Thema FGM auseinandersetzen und eine Anlaufstelle schaffen muss, um Betroffenen Wege zu Hilfe zu eröffnen und bedrohte Frauen und Mädchen – sowie deren schützende Angehörige – dabei zu unterstützen, die genitale Verstümmelung zu ersparen.

Die Stadt München ist hier zum Handeln aufgefordert, da Genitalverstümmelung nicht nur einen Straftatbestand, sondern auch eine erhebliche Kindeswohlgefährdung darstellt.

Es gibt bisher keinen anderen Beratungsdienst, in dem die erforderlichen Hilfsangebote zur Verfügung gestellt werden. Freiwillige Dienste und Eigeninitiativen sind extrem wichtig, jedoch mit der anfallenden Arbeit, die oft höchste Intensität erfordert, komplett überlastet. Hier ist eine Stelle bei einem mädchenparteilichen und kultursensiblen Träger erforderlich, die sowohl den Betroffenen oder Bedrohten einen niederschweligen Zugang ermöglicht, als auch die Angehörigen soweit möglich erreicht. Damit wird nicht nur die persönliche Unversehrtheit und Entwicklung der betroffenen Mädchen und Frauen gefördert, sondern auch ihre verbesserte Integration in Bildung, Arbeit und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.



Lydia Dietrich

Vorsitzende der Stadtratskommission zur Gleichstellung von Frauen